

Heimaufsicht

hier: Jahresbericht 2007

Tischvorlage

zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung
des Gesundheits- und Sozialausschusses
vom 26. Juni 2008
- öffentlich -

I. Sachverhalt:

In der Sitzung erfolgt mündlicher Bericht.

II. Beschlussvorschlag: Keiner, da Bericht

III. Beilage: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.06.08

IV. Herrn OBM

25.06.08

OBM *Kaly*

V. Ref.III / Gh

Am 25. Juni 2008

Referat III

Dunkl

Umweltreferat
24. Juni 2008
Nr. 701
z.w.V.
z. Stellungnahme
z. Vorlage der Antw.
bitte Rücksprache
Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RATHAUSPLATZ 2 90403 NÜRNBERG

zu TOP 3e

Bündnis 90/Die Grünen
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 / 231-6041
Telefax: 0911 / 231-2930

e-Mail: gruene@stadt.nuernberg.de
www.gruene-stadtratsfraktion.nuernberg.de

Sparca Bank Nürnberg
Kontonr.: 101019058
Bankleitzahl: 750 905 00

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1, 11 (Lorenzkirche)

24.06.2008

Stadtrat Nürnberg
z. H. Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg

SOZIAL/GHA 26.06.08
OBERBÜRGERMEISTER
24. JUNI 2008
1. Zur Kta.
2. z.w.V.
3. Zur Stellungnahme
4. Antwort vor Absendung vorlegen
5. Antwort zur Unterschrift vorlegen

Resolution an die Bayerische Landesregierung zum TOP 3 „Heimaufsicht“ des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.06.2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Jahresbericht der Heimaufsicht für das Jahr 2007 zeigt wie schon in der Vergangenheit Verbesserungspotentiale und erheblich Mängel auf. In nur ca. 25% der kontrollierten Heime gab es keine Beanstandungen. Die Ursachen sind zwar sehr differenziert zu beurteilen aber keinesfalls hinnehmbar. Allein verstärkte Kontrollen können nicht zum Ziel führen, da sie die Ursache der Beanstandungen nicht beheben.

Im Interesse der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner aber auch im Interesse der Beschäftigten und Träger sind strukturelle und qualitative Verbesserungen nötig, um eine deutliche Verbesserung der Pflege zu erreichen.

Nach der Föderalismusreform I wurde das Heimrecht von der konkurrierenden Gesetzgebung ausgenommen (Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG). Es kann nunmehr durch die Bundesländer geregelt werden. Die Landesgesetzgeber müssen also die Frage beantworten, ob sie das HeimG des Bundes weiter gelten lassen oder ein eigenes Gesetz schaffen wollen. In Bayern ist ein neues Heimgesetz in der Diskussion. Nicht zuletzt nach den Erfahrungen der Heimberichte der letzten Jahre ist es notwendig die gesetzlichen Regelungen durch das Heimgesetz den Anforderungen einer humanen und transparenten Betreuung in Heimen anzupassen. Die Erhöhung der Fachpersonalquote, Stärkung der Heimkontrolle und verbesserte Ausbildung und Bezahlung des Personals sind wesentliche Voraussetzung um die Mängel grundsätzlich zu beheben.

Im Interesse der jetzigen und zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Heime ist eine größtmögliche Transparenz unabdingbar. Dazu gehört neben der Veröffentlichung der Heimberichte auch die Nennung der Heime in denen die Mängel festgestellt wurden. Die Träger haben eine Informationspflicht gegenüber den BewohnerInnen und Bewohnern über deren Rechte.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

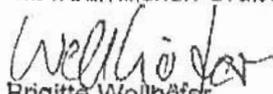
Resolution:

Der gemeinsame Sozial- und Gesundheitsausschuss des Nürnberger Stadtrates fordert die Bayerische Landesregierung auf bei der Neufassung des Heimgesetzes folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- Die Fachpersonalquote in den Heimen muss angehoben werden um den Anforderungen einer menschenwürdigen Lebensgestaltung der Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht zu werden.
- Die personelle und finanzielle Ausstattung der Heimkontrolle wird dem tatsächlichen Bedarf angepasst.
- Es werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft um größtmögliche Transparenz bei den Berichten der Heimaufsicht zu ermöglichen, insbesondere die Veröffentlichung der Namen der kontrollierten Heime.
- Die Landesregierung setzt sich für eine verbesserte Bezahlung und Ausbildung der Fachpersonals in den Heimen ein.

Bündnis 90 / Die Grünen sind sich bewußt, dass diese Forderung auch Geld kostet, das zur Zeit im Haushalt nicht bereitgestellt ist. Die Gesellschaft muss sich allerdings grundsätzlich klar werden, welchen Stellenwert eine menschenwürdige Lebensgestaltung in Heimen hat.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Weilhöfer,
Fraktionsvorsitzende

Grüne

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**